

Neue Offensive für qualifizierte Einwanderer

Ein überparteilicher Expertenrat mit Armin Laschet und Peter Struck soll bis Oktober Vorschläge für ein besseres Gesetz machen

■ Die größte Herausforderung wird darin bestehen, die CSU für eine „Runderneuerung“ zu begeistern

FREIA PETERS

Vielleicht, sagte der Chef der Mercator-Stiftung Bernhard Lorenz, werde anhand dieser Zahlen klar, wie sehr Deutschland beim Thema Zuwanderung bereits ins Hintertreffen geraten sei: 363 Hochqualifizierte wanderten von 2007 bis 2009 nach Deutschland ein. In Großbritannien waren es allein in den ersten drei Quartalen 2009 15 530 – also etwa 50-mal mehr in einem Viertel der Zeit. Weil das Problem eigentlich allen Parteien klar sei, aber niemand handle, riefen vier deutsche Stiftungen nun eine „hochrangige Konsensgruppe“ Fachkräftebedarf und Zuwanderung“ unter der Leitung von Armin Laschet (CDU) und Peter Struck (SPD) ins Leben.

„Das Problem rauscht so an uns vorbei“, sagte der ehemalige NRW-Integrationsminister Laschet, „aber auf die Frage, was man dagegen tut, gibt es noch keine Antwort.“ Im Oktober will die Konsensgruppe Bundestag und Bundesrat einen Vorschlag machen, wie die Zuwanderung neu gestaltet werden soll. Das seit 2005 geltende Zuwanderungsgesetz stelle zu hohe Anforderungen an potenzielle Einwanderer und trage zudem schon das falsche Signal im Titel, so Laschet: Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Arbeitsgrundlage für eine Neuausrichtung der Integrationspolitik soll das Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Mi-

gration (SVR) sein. Darin wird angesichts des demografischen Wandels eine „Runderneuerung“ der Zuwanderungspolitik gefordert.

„Ich bin jetzt gerade 50 geworden“, sagte Laschet. „2005 gab es 23 Prozent über 50-Jährige auf dem deutschen Arbeitsmarkt. 2010 waren es 27 Prozent, 2015 werden es etwa 31 Prozent sein. In 15 Jahren sind die im Ruhestand. Da muss man sich doch die Frage stellen: Wer arbeitet dann für den Wohlstand dieses Landes?“ Knapper hielt es der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) mit der Begrüßung. „Ich bin wieder da – diesmal als Elder Statesman.“ Struck kündigte an, unter anderem für eine deutliche Senkung des Mindesteinkommens von Zuwanderern von derzeit 66 000 Euro Jahresbrutto einzutreten. Neben Struck und Laschet werden der Konsensgruppe elf weitere Mitglieder angehören. Ein Gewerkschafts-, ein Arbeitgebervertreter sowie vornehmlich Politiker, die im tagesaktuellen Geschehen nicht mehr involviert sind: Hertha Däubler-Gmelin (SPD), Franz Müntefering (SPD), Rita Süßmuth (CDU), Theo Waigel (CSU). Damit solle den aktiven Politikern Arbeit abgenommen werden.

„Wir müssen eben das Thema aus dem Parteienstreit herausholen“, sagte Laschet. Auch Grüne und FDP sind in der Konsensgruppe vertreten, die Linken jedoch nehmen nicht teil. „Die Gruppe, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, ist am ehesten dazu fähig, einen Konsens zu finden“, sagte Struck auf die Frage, warum von den Linken niemand eingeladen wurde. Das Thema werde immer wieder

zum Zankapfel der Parteien, ergänzte Laschet, da verlaufe das Spannungsfeld vor allem zwischen den Zuwanderungsskeptikern und denjenigen, die aufgrund ihres sozialen Engagements zu hohe Forderungen an die Arbeitsbedingungen von Zuwanderern knüpften. Die Konsensgruppe nun sei eine neue Form des Engagements, die vor allem versuchen wolle, wissenschaftlichen Sachverstand in die politische Umsetzung zu bringen.

Mitte Mai wird sich die Gruppe zum ersten Mal treffen, um die Schwerpunkte des Konsensvorschlags festzulegen. In insgesamt drei ganztägigen Sitzungen solle der Reformvorschlag erarbeitet werden.

Der Rat hatte in seinem Jahresgutachten in der vergangenen Woche drei Eckpunkte für eine Neuausrichtung der Integrationspolitik vorgeschlagen: Das Mindesteinkommen von Zuwanderern solle von 66 000 Euro Jahresbrutto auf rund 40 000 Euro gesenkt werden. Ausländische Studenten sollen statt einem Jahr zwei Jahre Zeit bekommen, eine Anstellung zu finden. Drittens solle ein flexibles Punktesystem auf den derzeit am stärksten vom Fachkräftemangel betroffenen MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) eingeführt werden. Nach jüngsten Berechnungen könnten im Jahr 2015 bereits drei Millionen Arbeitskräfte in Deutschland fehlen.

Die neue Expertengruppe wird aller Voraussicht nach versuchen, für diese drei Punkte einen Konsens zu finden. Die größte Herausforderung wird darin bestehen, die CSU für diese Positionen zu begeistern, die stets betont, zunächst die eigenen Arbeitnehmer nachqualifi-

zieren zu wollen anstatt neue anzuwerben. Dies allein genüge jedoch nicht, mahnen Experten wie der SVR-Vorsitzende Klaus J. Bade: „Deutschland braucht eine doppelte Offensive: Qualifizierung im Innern und qualifizierte Zuwanderung von außen.“ Schließlich hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten unter allen OECD-Ländern die

mit am schlechtesten qualifizierten Einwanderer angezogen. Um das zu beheben, müsse zusätzlich zum Abbau von Barrieren ein stärkeres Werben für qualifizierte Arbeitskräfte im Ausland entstehen, betonte Laschet. Der Wettbewerb um die klugen Köpfe werde härter. „Und wir tun immer noch so, als ob eine Million Leute vor der Tür stünden, nur weil wir hier ein paar Gesetze ändern.“

Tatsächlich aber erwarte er etwa von der am 1. Mai beginnenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, dass „eher gering qualifizierte Menschen“ nach Deutschland kommen. „Die Besten“ seien längst in anderen Ländern.

Auch das Thema Flüchtlingspolitik soll in der Konsensgruppe beraten werden. Der SVR hatte jüngst eine Art Marshallplan für Nordafrika gefordert.